

Niederschrift

über die in der 20. Sitzung
am 12.10.2017 im Maywaldsaal des Kreishauses in Kleve gefassten Beschlüsse
- öffentliche Sitzung -

Beginn der öffentlichen Sitzung	: 16:00 Uhr
Ende der öffentlichen Sitzung	: 17:55 Uhr
Beginn der nichtöffentlichen Sitzung	: 17:55 Uhr
Ende der nichtöffentlichen Sitzung	: 18:35 Uhr

anwesend sind

Angenendt, Brigitte	Kleve
Croonenbroek, Hubertina	Kerken
Draack, Franz-Josef	Wachtendonk
Düllings, Paul	Issum
Elverfeldt von, Max	Weeze
Erkens, Hans-Willi	Geldern
Fenger, Andre	Rees
Giesen, Heinz	Geldern
Heinzel, Freddy	Emmerich am Rhein
Hohl, Peter	Kevelaer
Kerkenhoff, David	Kalkar
Kersten, Gertrud	Kranenburg
Klinkhammer, Robert	Rees
Koppers, Josef	Goch
Dr. Kребber, Klaus	Emmerich am Rhein
Mailänder, Josef	Straelen
Mulder, Andy	Kleve
Palmen, Manfred	Kleve
Papen, Hans-Hugo	Rheurdt
Poell, Peter	Goch
Schmidt, Gabriele	Kleve
Schreiber, Adolf	Goch
Selders, Hannes	Kevelaer
Stevens, Agnes	Uedem
Ulrich, Ulrike	Emmerich am Rhein
Winkels, Lothar	Bedburg-Hau
Berg, Josef	Kleve
Derstappen, Gertrud	Wachtendonk
Eicker, Sigrid	Geldern
Engler, Gerd	Goch
Franken, Jürgen	Kranenburg
Friedmann, Peter	Rees
Helbing, Peter	Kerken
Kreutzmann, Andrea	Geldern
Rupp, Thorsten	Emmerich am Rhein
Sander, Helma	Kalkar
Trenckmann, Bettina	Goch

Vopersal, Jörg
Weber, Otto
Wucherpfennig, Brigitte
Gorißen, Dietmar
Prof. Dr. Klapdor, Ralf
Wittenburg, Thomas
Höhn, Birgitt
Krystof, David
Dr. Prior, Helmut
Sickelmann, Ute
Terkatz, Hans-Hermann
Währisch-Große, Elke
Heinricks, Michael
Habicht, Kai
Hayduk, Norbert

Kevelaer
Straelen
Kleve
Kleve
Uedem
Issum
Kevelaer
Goch
Kleve
Emmerich am Rhein
Straelen
Rheurdt
Kerken
Kerken
Geldern

entschuldigt sind

Wolters, Stephan
Beckers, Irmgard
Plotke, Kathrin
Natrop, Mathias
Reuter, Tim
Severin, Rainer

Geldern
Issum
Uedem
Kranenburg
Geldern
Kleve

anwesend sind von der Verwaltung

Spreen, Wolfgang
Boxnick, Zandra
Suerick, Wilfried
Reynders, Rudolf
Lamers, Silke
Jansen, Christoph
Keuken, Ruth
Lamers, Monika

als Schriftführerin

Bormann-Ervens, Denise

Vor Eintritt in die Tagesordnung erbittet Landrat Wortmeldungen im Rahmen der Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner. Herr Vijselaar fragt, warum das Bauvorhaben einer Windkraftanlage der Stadt Kleve in dem Naturschutzgebiet Salmorth nicht verhindert wird. Landrat sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Landrat stellt fest, dass die Einladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt ist, die Einladungsfrist eingehalten und Ort und Zeitpunkt der Sitzung in der vorgeschriebenen Weise bekanntgemacht worden sind.

Landrat stellt weiter fest, dass der Kreistag beschlussfähig ist.

Hinweis auf nachgereichte Unterlagen:

- Wahlvorschlag CDU zu TOP 1

- Wahlvorschlag Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu TOP 1

Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt.

Auf die Frage des Landrates an die Kreistagsmitglieder, ob sich jemand im Sinne der gesetzlichen Ausschlussgründe zu einem Tagesordnungspunkt oder Beratungsgegenstand für befangen hält, ergeht keine Erklärung.

Öffentliche Sitzung

- | | | |
|----|---|----------|
| 1. | Neubesetzung Beiräte Justizvollzugsanstalten in Kleve und Geldern | 674/WP14 |
| 2. | Regionalplan Düsseldorf
Stellungnahme des Kreises Kleve zum Entwurf (3. Beteiligung) | 691/WP14 |
| 3. | Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung des Kreises Kleve | 696/WP14 |
| 4. | Mitteilungen | 693/WP14 |
| 5. | Anfragen | |

Nichtöffentliche Sitzung

- | | | |
|-----|---|------------|
| 6. | Wasserbauten im Kreis Kleve
Forschungsprojekt der Architektenpartnerschaft Hüls-
mann/Thieme/Minor, Kleve und der Hochschule Rhein-Waal sowie
weiterer Beteiligter | 692_1/WP14 |
| 7. | Grundstücksangelegenheiten
hier: Veräußerung einer Kindertageseinrichtung in der Gemarkung
Rees | 690/WP14 |
| 8. | Berichte aus den Beteiligungsgesellschaften des Kreises Kleve | 698/WP14 |
| 9. | Mitteilungen | |
| 10. | Anfragen | |

Zu Punkt 1 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 674 /WP14

Neubesetzung Beiräte Justizvollzugsanstalten in Kleve und Geldern

Für den Beirat bei der Justizvollzugsanstalt Geldern erklären die SPD-Fraktion, die CDU-Fraktion und die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN einen Zusammenschluss zu einem einheitlichen Wahlvorschlag.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Als Mitglieder für den Beirat bei der Justizvollzugsanstalt Geldern werden benannt:

Frau Hubertina Croonenbroek, Kerken
Herrn Josef Mailänder, Straelen
Frau Margret Vosseler, MdL, Issum
Herrn Hermann-Josef Eicker, Geldern
Herrn Jörg Vopersal, Kevelaer
Herrn Bernd Bianchi, Geldern

Für den Beirat bei der Justizvollzugsanstalt Kleve erfolgt eine Verhältniswahl. Auf den Wahlvorschlag der SPD-Fraktion entfallen 15 Stimmen, auf den Wahlvorschlag der CDU-Fraktion entfallen 31 Stimmen und auf den Wahlvorschlag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN 6 Stimmen. Ein Kreistagsmitglied enthält sich.

Als Mitglieder für den Beirat bei der Justizvollzugsanstalt Kleve werden benannt:

Herrn Dr. Klaus Krebber, Emmerich am Rhein
Herrn Peter Poell, Goch
Herrn Dr. Günther Bergmann, MdL, Kalkar
Frau Brigitte Wucherpfennig, Kleve
Frau Birgitt Höhn, Kevelaer

Zu Punkt 2 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 691 /WP14

Regionalplan Düsseldorf
Stellungnahme des Kreises Kleve zum Entwurf (3. Beteiligung)

Landrat führt aus, dass die endgültige Stellungnahme der Stadt Kleve erst in der Ratssitzung am vergangenen Tag beschlossen wurde. Diese liegt zwischenzeitlich vor und wurde den Fraktionsvorsitzenden zur Kenntnis gegeben.

KTM Dr. Prior sagt, dass aufgrund der Tendenzen in Richtung höherer Landschaftsverbrauch und Reduzierung des Naturschutzes eine Zustimmung zu dem Gesamtpaket, trotz vieler positiver Aspekte, nicht möglich ist. Der Schutz des Waldes wird ausdrücklich befürwortet. Bezüglich der Eichenallee wird die Forderung der Stadt Kleve auf Streichung ausdrücklich befürwortet.

KTM Prof. Dr. Klapdor erklärt, dass die FDP-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen wird. Wichtige Punkte sind die Streichung der aus verschiedenen Gründen kritischen Vorrangzonen sowie die verkehrlichen Verbindungen. Er fragt, ob Bedenken bestehen, wenn sich der Kreistag hinsichtlich der Eichenallee der nunmehr seitens der Stadt Kleve geäußerten Sichtweise (Streichung) anschließen würde. Er betont die Wichtigkeit, dass der Regionalplan den Planungsstatus verlässt, um Verwirklichungen zu ermöglichen.

Landrat antwortet, dass aus Sicht der Verwaltung eine Änderung der Stellungnahme nicht geboten ist.

KTM Düllings sagt, dass in weiten Teilen sowohl im Fachausschuss als auch im Kreisausschuss Einvernehmen bestand. Die Stellungnahme des Kreises Kleve sollte in der bisherigen Form beibehalten werden. Die Zielsetzung, die Straßenführung so zu verändern und zu optimieren, dass eine nachhaltige Verkehrslenkung ermöglicht wird und Beeinträchtigungen der Anlieger durch den Straßenverkehr weitgehend ausgeschlossen werden können, sollte aufrechterhalten werden.

Zur Kritik von KTM Eicker, dass über eine Stellungnahme der Stadt Kleve diskutiert wird, die den meisten Mitgliedern des Kreistages nicht bekannt ist, führt Landrat aus, dass nur durch die Verzögerung des Sitzungsbeginns überhaupt eine Einbringung in den Kreistag möglich war.

KTM Wucherpfeffnick führt aus, dass die Querspange zu Belastungen der Bürgerinnen und Bürger in Rindern führen wird und keine Entlastungen der Bürgerinnen und Bürger in Kranenburg, Nütt-erden und Donsbrüggen zur Folge hat. Die Entscheidung des Rates der Stadt Kleve ist konse-quent.

KTM Franken beantragt aufgrund bestehenden Beratungsbedarfs wegen der Stellungnahme der Stadt Kleve eine Sitzungsunterbrechung. Die Sitzung wird von 16:53 Uhr bis 17:15 Uhr unterbro-chen.

KTM Engler stellt den Antrag, die Stellungnahme des Kreises Kleve bei dem Passus Ä3BT-V-KÜ-Goch - Kranenburg Nr.01, Ä3BT-W-Goch Nr.01, Ä3BT-W-Kranenburg Nr.01 und Nr.02 dahinge-hend zu ändern, dass die Worte "nochmals auf den Prüfstand" gestrichen und durch die Worte "gestrichen werden" ersetzt werden. KTM Franken beantragt, dass bei dem Passus Ä3BT-V-KÜ-Kleve - Kranenburg Nr.01 der bisherige Wortlaut der Stellungnahme durch den Wortlaut der Stel-lungnahme der Stadt Kleve ersetzt wird.

Zu dem erstgenannten Antrag erklärt KTM Düllings, dass die CDU-Fraktion diesen mittragen wird. KTM Papen erklärt, dass er sich aufgrund seiner Tätigkeit im Regionalrat und den dort vorliegen- den Anträgen auf Streichung enthalten wird.

Zu dem zweitgenannten Antrag führt KTM Selders aus, dass es sich um eine nachrichtliche Dar- stellung im Regionalplan entsprechend der Darstellung im rechtskräftigen Bundesverkehrswege- plan handelt, welche zwingend vorzunehmen ist. Ein Antrag, der eine Abweichung von dieser rechtlichen Notwendigkeit beinhaltet, trägt nicht zur Problemlösung bei. Auch KTM Prof. Dr. Klapdor und KTM Papen weisen auf die zwingend vorgeschriebene nachrichtliche Darstellung im Regionalplan hin. Landrat erläutert auf Nachfrage von KTM Kreuzmann, dass die Regionalpla- nungsbehörde verpflichtet ist, die Vorgaben aus dem Bundesverkehrswegeplan nachrichtlich in den Regionalplan aufzunehmen. Sie darf einer Forderung des Kreises Kleve auf Streichung der Querspange nicht folgen. Die Stellungnahme ist diesen Punkt betreffend dann ausschließlich eine Meinungsäußerung. Auf Nachfrage von KTM Friedmann konkretisiert der Landrat, dass der vor- rangige Bundesverkehrswegeplan den Verlauf einer Bundesstraße regelt.

KTM Franken weist darauf hin, dass hinsichtlich der Querspange eine abweichende Meinung legi- tim ist, die, trotz des bestehenden Erfordernisses der Darstellung, entsprechend kommuniziert werden kann. KTM Weber weist darauf hin, dass der Bundesverkehrswegeplan fortgeschrieben wird. Eine Meinungsäußerung hinsichtlich der Streichung der Querspange hat die Wirkung, dass die Meinung des Kreises Kleve bekannt ist und zukünftige Fortschreibungen beeinflussen kann. Dies ist rechtlich zulässig.

Auf Antrag des KTM Franken wird die Sitzung von 17:38 Uhr bis 17:44 Uhr unterbrochen.

Landrat führt aus, dass sich die Fraktionen hinsichtlich der Querspange auf einen gemeinsamen Vorschlag mit folgendem Inhalt geeinigt haben: Der Teilsatz „insofern werden gegen die geänderte zeichnerische Darstellung keine Bedenken erhoben.“ wird gestrichen. Stattdessen wird der Satz „Es wird angeregt, die Verbindung über die Eichenallee im Bundesverkehrswegeplan komplett zu streichen.“ angefügt.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bei 2 Enthaltungen

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, im Rahmen des dritten Beteiligungsverfahrens die in der heutigen Sitzung behandelte Stellungnahme zum Entwurf des Regionalplans Düsseldorf (RPD) abzugeben, mit der Maßgabe, dass bei dem Passus Ä3BT-V-KÜ-Goch - Kranenburg Nr.01, Ä3BT-W-Goch Nr.01, Ä3BT-W-Kranenburg Nr.01 und Nr.02 die Worte "nochmals auf den Prüfstand" gestrichen und durch die Worte "gestrichen werden" ersetzt werden und bei dem Passus Ä3BT-V-KÜ-Kleve - Kranenburg Nr.01 der Teilsatz „insofern werden gegen die geänderte zeichnerische Darstellung keine Bedenken erhoben.“ gestrichen und stattdessen der Satz „Es wird angeregt, die Verbindung über die Eichenallee im Bundesverkehrswegeplan komplett zu streichen.“ angefügt wird.

Zu Punkt 3 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 696 /WP14

Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung des Kreises Kleve

KTM Heinrichs bedankt sich für die Beantwortung seiner Anfrage in der Niederschrift zur Sitzung des Kreisausschusses. Die Antwort wird hingenommen, auch wenn sie nicht nachvollzogen werden kann.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Beschluss:

Die Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung des Kreises Kleve wird entsprechend dem vorliegenden Entwurf beschlossen.

Zu Punkt 4 der Tagesordnung:

Vorlage Nr. 693 /WP14

Mitteilungen

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV);

Sachstand zur Überarbeitung des Nahverkehrsplanes 2017 des Kreises Kleve

Der Kreistag nimmt die Mitteilungsvorlage 693/WP14: Öffentlicher Personennahverkehr - Sachstand zur Überarbeitung des Nahverkehrsplanes 2017 des Kreises Kleve zur Kenntnis.

Landrat weist ergänzend darauf hin, dass die Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Strukturplanung am 18.10.2017 um 18.00 Uhr stattfindet.

Weitere Mitteilungen gibt es im öffentlichen Teil der Sitzung nicht.

Zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Anfragen

KTM Prof. Dr. Klapdor führt aus, dass er der Presse entnommen hat, dass es bezüglich des Oermter Bergs einen Sinneswandel des Landrates gab und bittet hierzu um Auskunft.

Landrat weist darauf hin, dass es sich nicht um einen Sinneswandel handelt. Wie auch in den Vorjahren hat sich die Verwaltung zur Vorbereitung der Haushaltsaufstellung mit den Verwaltungen

der anderen beiden Trägerkommunen des Oermter Bergs abgestimmt, um zu zueinanderpassenden Veranschlagungen zu gelangen. Das Ergebnis erhält der Kreistag im Rahmen der Haushalts-einbringung zur Kenntnis.